

## // Im Blickpunkt

Das Aktienrecht befindet sich im Umbruch. Zum einen werden Reformfragen zur Deregulierung und Differenzierung am 24. und 25.9.2008 auf dem Deutschen Juristentag in Erfurt diskutiert und abgestimmt. Zum anderen bringt auch der lang erwartete Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Aktionärsrichtlinie (ARUG) Neuerungen des Aktiengesetzes. *Drinhausen/Keinath* stellen in einem aktuellen Beitrag die im Referentenentwurf vorgesehenen Regelungen zur Modernisierung des Rechts der Hauptversammlung dar.

*Dr. Martina Koster*, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht

**Entscheidungen****BGH: Zum Umfang der Aussonderungsberechtigung nach unberechtigter Veräußerung einer fremden Sache**

Mit Urteil vom 8.5.2008 – IX ZR 229/06 – hat der BGH entschieden: Unterliegt die unberechtigte Veräußerung einer fremden Sache der Umsatzsteuer und hat der Verwalter diese an das Finanzamt abgeführt, kann der Ersatzaussonderungsberechtigte nur den Nettokaufpreis herausverlangen. Liegt der dem Berechtigten gegenüber wirksamen Verfügung eine umsatzsteuerpflichtige Lieferung zugrunde und hat der Nichtberechtigte die Umsatzsteuer an das Finanzamt abgeführt, kann er sich insoweit auf einen Wegfall der Bereicherung berufen.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1237-1 unter [www.betriebs-berater.de](http://www.betriebs-berater.de)

**BGH: Hemmung der Verjährung infolge Aufrechnung**

Mit Versäumnisurteil vom 10.4.2008 – VII ZR 58/07 – hat der BGH entschieden: Erklärt der Kläger im Prozess hilfsweise die Aufrechnung gegenüber einer Forderung des Beklagten, die dieser primär zur Aufrechnung gegen die Klageforderung gestellt hat, kann dies die Verjährung der Gegenforderung des Klägers hemmen. Macht der Schuldner einer abgetretenen Forderung gegenüber dem Zessionar die Aufrechnung mit einer ihm gegen den Zedenten zustehenden Forderung prozessual geltend, tritt die Hemmung der Verjährung gegenüber dem Zedenten ein.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1237-2 unter [www.betriebs-berater.de](http://www.betriebs-berater.de)

**BGH: Gericht muss eindeutigen Hinweis nicht wiederholen**

In Abgrenzung zu den BGH-Urteilen vom 21.1.1999 – VII ZR 269/97, NJW 1999, 1264, und vom 25.6.2002 – X ZR 83/00, BB 2002, 1884, hat der XII. Senat mit Beschluss vom 16.4.2008 – XII ZB 192/06 – entschieden: Hat ein Gericht die

Partei eindeutig und unmissverständlich auf die einschlägige Rechtsprechung des BGH zu einer entscheidungserheblichen Rechtsfrage hingewiesen, muss es den Hinweis nicht wiederholen, wenn die Partei ihren Sachvortrag nicht auf den rechtlichen Hinweis eingerichtet hat.

Volltext des Beschl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1237-3 unter [www.betriebs-berater.de](http://www.betriebs-berater.de)

**BGH: Benennung eines im Inland ansässigen Zustellungsbevollmächtigten**

Der BGH hat mit Beschluss vom 5.5.2008 – X ZB 36/07 – entschieden, dass die Anordnung, einen im Inland ansässigen Zustellungsbevollmächtigten zu benennen, nur bei Zustellungen getroffen werden darf, die gemäß § 183 Abs. 1 Nr. 2 u. Nr. 3 ZPO auf Ersuchen des Vorsitzenden des Prozessgerichts im Ausland erfolgen. Für Zustellungen im Inland – gleich in welcher Form – ist eine derartige Möglichkeit nicht eröffnet.

Volltext des Beschl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1237-4 unter [www.betriebs-berater.de](http://www.betriebs-berater.de)

**OLG München: Verkehrsfähigkeit der Aktien bei Handel im Segment M:access der Börse München**

Mit Beschluss vom 21.5.2008 – 31 Wx 62/07 – hat das OLG München entschieden: Werden die Aktien einer Gesellschaft nach dem von ihr beantragten Widerruf der Zulassung zum amtlichen Markt (jetzt: regulierter Markt) weiterhin im Segment M:access der Börse München gehandelt, ist die Verkehrsfähigkeit gewährleistet und ein Spruchverfahren nicht statthaft.

Volltext des Beschl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1237-5 unter [www.betriebs-berater.de](http://www.betriebs-berater.de)

➔ *Dazu ein Kommentar von Feldhaus in Heft 25 des „Betriebs-Berater“.*

**OLG Düsseldorf: Fristlose die Unternehmenssanierung bezweckende Kündigung eines Dienstvertrags**

Mit – rechtskräftigem – Urteil vom 27.11.2007 – I-24 U 67/07 – hat das OLG Düsseldorf entschied-

den: Die fristlose Kündigung eines Dienstvertrags, der die „Sanierung“ eines nicht mehr rentablen Unternehmens bezweckt, kann bei wiederholten abfälligen Äußerungen des Geschäftsführers der beauftragten Gesellschaft über den Inhaber des zu sanierenden Unternehmens gerechtfertigt sein, insbesondere wenn der „Sanierer“ mehrfach eigenen wirtschaftlichen Interessen den Vorzug vor dem „Sanierungserfolg“ gibt. Die durch entsprechende Äußerungen bewirkte Störung des Vertrauensverhältnisses macht eine Abmahnung entbehrlich.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1237-6 unter [www.betriebs-berater.de](http://www.betriebs-berater.de)

**Gesetzgebung****Bewertungsbericht der Kommission zur Kfz-GVO 1400/2002 veröffentlicht**

In den letzten Jahren haben sich die Wettbewerbsbedingungen sowohl beim Verkauf von Neuwagen als auch im Bereich der Kfz-Reparatur und -Wartung gebessert. Dies zeigt ein von der EU-Kommission veröffentlichter Bericht zur Gruppenfreistellungsverordnung. Dabei geht es um die Anwendung der europäischen Wettbewerbsregeln im Bereich des Kfz-Vertriebs und der Kfz-Reparatur. Der Bericht zieht den Schluss, dass die Gruppenfreistellungsverordnung im Großen und Ganzen positive Auswirkungen hatte. Allerdings haben sich viele der sektorspezifischen Einzelschriften als überflüssig und bisweilen sogar kontraproduktiv erwiesen. Über Form und Inhalt der künftigen Regelung wird in der nächsten Phase des Überprüfungsprozesses entschieden. Der Bericht ist der erste Schritt bei der Entscheidung über die künftige Regelung für den Kfz-Sektor nach Auslaufen der Verordnung am 31.5.2010.

(Quelle: PM der Kommission vom 29.5.2008)

➔ *Wendel fasst in Heft 25 des „Betriebs-Berater“ die wesentlichen Ergebnisse des Berichts zusammen und zieht Rückschlüsse auf den Rechtsrahmen nach dem 31.5.2010.*